

# Posener Zeitung.

Neun und siebziger Jahrzehnt.

Nr. 419.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 19. Juni  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Preis: 10 Pf. etc. Liegenschaften keine über 1000 Raum, Reklame verhältnismäßig höher. Andere Expedition zu jenen und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer ab 1876 abgelehnt.

1876.

**Amtliches.**

Berlin, 17. Juni. Der König hat dem Forstmeister Domeier zu Hannover den königl. K.-Ord. 2. Kl. verliehen, den bisher ordentl. Prof. an der Universität zu Straßburg Dr. Ernst Leyden zum ord. Prof. in der mediz. Fakultät der hiesigen Universität ernannt.

Beim königl. Wilhelm-Gymnasium zu Königsberg in Pr. ist der ordentl. Lehrer Prof. Dr. Fr. Blas zum Oberlehrer befördert.

Der bisherige Assistent Dr. Liebisch ist als Custos beim mineralogischen Museum der Universität hier selbst angestellt worden.

**Vom Landtage.****17. Sitzung des Herrenhauses.**

Berlin, 17. Juni. 1 Uhr. Am Ministersthüre: Camphausen, Graf zu Eulenburg, Leonhardt, Falk, Geh. Räthe Schneider, Staender, Bahlmann u. A. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie folgende Interpellation des Herren v. Kleist-Nesow und Udo Graf zu Stolberg.

1. Worauf stützt die Schulverwaltung die Berechtigung, bestehende evangelische und katholische, ja sogar christliche und jüdische Elementarschulen zu sogen. Simultanschulen zu verbinden? 2. Entgegen der Schulverwaltung die schwerwiegenden Bedenken, welche ein solches Verfahren selbst in pädagogischer, didaktischer und politischer Rücksicht hat?

v. Kleist-Nesow: Bei den Verhandlungen über das Schulaufsichtsgesetz in der Session des Winters 1871–72 wurde von Seiten des Ministers wiederholt die Erklärung abgegeben, daß eine Schädigung des konfessionellen Charakters der Schulen in keiner Weise eintreten solle. Im Herbst des Jahres 1872 erging hierauf die Verfügung des Kultusministers, durch welche die früheren Regulaturen abgeändert wurden. Durch dieselbe wurde der Religionsunterricht auf wöchentlich 5 resp. 4 Stunden beschränkt, das vierte und fünfte Hauptstück überhaupt aus der Volksschule verwiesen, dagegen die Summe des andern Wissens und die Ansprüche in Bezug auf dasselbe sowohl für Lehrer wie für Schüler erhöht, und es trat damit die Gefahr ein, daß die bisherige Konzentration der Volksschule, ausgehend vom Religionsunterricht, sich verlieren möchte zu Gunsten einer oberflächlichen Bielwisserei. Es wurde weiterhin keine Rücksicht auf die Konfession genommen und evangelische Schulinspektoren für katholische Schulen und umgekehrt angestellt; von viel größerem Gewicht aber ist die Einrichtung von Simultanschulen und zwar nicht nur durch Vereinigung von evangelischen und katholischen Schulen, sondern sogar von christlichen und jüdischen. Treue evangelische Pastoren, denen es am Herzen liegt, daß die Pfarrkirchen religiös erzogen werden, wurden mit Abschaffung bedroht, und Kreisämtern, welche auf das Bedürfnis der Simultanschule aufmerksam zu machen suchten, wurden verhindert, ihre warnenden Stimmen zu erheben. Ursprünglich verstand man unter "simultan" die Vereinigung von Evangelischen und Katholiken, und zwar in der Weise, daß beide ihrem religiösen Bedürfnis vollständig genügen könnten; mit dem Beginn des "Kulturmampfes" jedoch, der eine heilige Ironie auf die eigentliche Bedeutung des Wortes enthält, wurde der Sinn völlig geändert, so daß man wohl mit Recht sagen kann, je länger der Kulturmampf dauert, je mehr leidet die Kultur. Die Verfassung bestimmt ausdrücklich im Art. 24, daß bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse möglich zu berücksichtigen sind, und wenn die Schulverwaltung jetzt statt dessen das Prinzip des Bielwissens einführen will, so wird sie durch das in der Verfassungsurkunde garantirte Prinzip der Konfessionalität verurtheilt. Das Kind, wenn es Christ werden soll, muß durch das Leben und die Schule eingehend in das Christenthum eingeführt werden, und es darf nicht bloß auf einen oberflächlichen Unterricht von 4 bis 5 Stunden beschränkt werden. In der Volksschule besonders, wie überhaupt auf jeder Schule, kommt es nicht auf das multa, sondern das multum an, und um dieses zu erwerben, muß ein Mittelpunkt gefunden werden, um den sich der ganze andere Unterricht gruppirt. Dieser Mittelpunkt muß der Religionsunterricht sein. Der Unterricht im Deutschen läßt sich nach meiner Meinung nicht ertheilen ohne auf die deutsche Sprache zurückzugehen, und da muß man sich doch erinnern, daß unsere deutsche Schriftsprache sich erst durch Luthers Bibelübersetzung herausgebildet hat. Der Geschichtsunterricht ferner ist für die neuere Zeit gar nicht möglich, wenn man nicht die Konfession berücksichtigt, und was endlich den Gefangensunterricht anbetrifft, so sehe ich zwar viele schöne weltliche Lieder, aber in der ganzen deutschen Literatur gibt es kein schöneres und von so tiefem Inhalte, wie das von Paul Gerhardt: "O Haupt voll Blut und Wunden." Der Unterricht wird erst eigentlich fruchtbringend durch die Plätte des Schülers dem Lehrer gegenüber und die Autorität des Lehrers dem Schüler gegenüber. Wenn man über den Religionsunterricht in der Weise befrüchtet, wie es jetzt in den Simultanschulen geschieht, so tritt Missachtung derselben und Indifferenz ein und an Stelle der Autorität erscheint die für den Menschen so verderbliche Kritik schon in dem jungen Herzen des Kindes. Die verderbliche Folge jedoch der Simultanschulen und des Zurückdrängens der Konfession ist die Förderung des Nebels, das wir jetzt in unseren wirtschaftlichen Zuständen sehr ausbreiten sehen: die Simultanschulen sind die Pioniere des Sozialismus.

Kultusminister Dr. Falk: Es ist ein Irrthum, wenn der Vorredner das Lied "O Haupt voll Blut und Wunden" dem verehrten Paul Gerhardt zuschreibt. Dasselbe ist vielmehr eine Nachbildung des von dem Katholiken Bernhard von Clairbeaux gedichteten Liedes salve caput cruentatum. Was den Inhalt der Interpellation betrifft, so muß ich zunächst bestreiten, daß ich jemals die Errichtung von Simultanschulen, die am besten paritätische Schulen genannt werden, prinzipiell empfohlen habe. Ich habe vielmehr nur angeordnet, daß dort wo durch Trennung der Schulen in einzelne konfessionelle Schulen die Errichtung der Ziele der Schule wesentlich erschwert wird, auf die Errichtung solcher paritätischen Schulen hingewirkt, und daß in den wenigen Ausnahmefällen, wo die Erörterung mit den Beteiligten in dieser Richtung zu keinem Ziele führt und somit eine Notlage vorliegt, eine zwangsläufige Vereinigung einzutreten habe. In allen diesen Fällen müssen stets zwei Voraussetzungen erfüllt sein: erstens, daß in vollem Maße für den konfessionellen Religionsunterricht Sorge getragen wird und zweitens, daß das Lehrerkollegium zusammengefügt wird aus Lehrern verschiedener Konfessionen. Dies zur Richtigstellung der Voraussetzungen des Vorredners. Meine Antwort auf die erste Frage der Interpellation lautet nur kurz: Die Regierung stützt sich hierbei auf ihr gesetzliches Recht. Der Vorredner hat auf Art. 24 der Verfassung hingewiesen. Es heißt aber darin nur: die konfessionellen Verhältnisse sollen in der Volksschule "möglichst" berücksichtigt werden, und der Vorredner wird sich erinnern, daß bei Beratung der Verfassung sein Amendement, wonach diese Berücksichtigung grundsätzlich ein-

treten sollte, in der Minderheit blieb und abgelehnt wurde. Der Minister Ladenberg äußerte sich in der damaligen ersten Kammer dahin, dies "möglichst" enthalte zwei Beschränkungen, einmal, so weit es die Rechte des Staates und die Ansprüche gestatten, welche er an die konfessionellen Schulen zu machen hat, und sodann, so weit es nach den Rahmenverhältnissen ausführbar ist. Diese Grundsätze, daß zunächst die Interessen des Staates, sodann die thatfächlichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen, hält die Staatsregierung noch heute vollständig aufrecht und der heutige Kultusminister muß diese Auffassung um so mehr als seine Nächste annehmen, als er die Erfahrungsergebnisse der letzten 30 Jahre und die speziellen der letzten 5 Jahre für sich hat. Was die zweite Frage der Interpellation betrifft, so habe ich sie, auf richtig gesagt, etwas wunderlich finden müssen. Wie sollte ein Unterrichtsminister, der in dieser Richtung einen ganz entgegengesetzten Weg eingeschlagen bat, wie sein Vorgänger, seine Kenntnis haben oder keine Notiz nehmen von den Bedenken, die von vielen Seiten gegen die paritätischen Schulen erobten werden. Das Wesentliche dieser Frage wird aber in dem Worte "schwerwiegend" zu suchen sein, und danach würde die Frage lauten: Hält der Kultusminister diese Bedenken für so schwerwiegend, oder nicht für so schwerwiegend, um eine derartige Verbindung der Schulen einzutreten zu lassen. Gegenüber den vorher von mir angeführten Voraussetzungen, die ich für eine derartige Vereinigung hingestellt habe, nehme ich keinen Anstand, diese Frage in dem letzteren Sinne zu beantworten. Eine rechte und ordentliche Disziplin auf der einen Seite und auf der anderen eine verständige Eintheilung des Schulunterrichts bereitet eine große Reihe von Bedenken didaktischer Natur, ja die Erfahrung zeigt, sie bereitet ja alle. Entscheidend ist für mich in dieser ganzen Sache, daß alle die vom Vorredner vorgetragenen Bedenken gar keine Basis in der Wirklichkeit haben. Es sind ja nicht erst während meiner Amtszeitigkeit solche paritätischen Schulen gegründet worden, namentlich in den Ostprovinzen bestehen seit Alters her eine ganze Reihe solcher Schulen und weder ist mir bei diesen von derartigen Klagen etwas zu Ohren gekommen noch auch bei denjenigen paritätischen Schulen, die seit meiner Amtsführung durch Vereinbarung errichtet worden sind. Was aber endlich die politische Seite dieser Frage betrifft – ja, m. H., wenn dieser Gesichtspunkt der allein entscheidende sein sollte, dann müßte man noch viel weiter gehen und zu einem ganz anderen Resultate kommen als bloß in Ausnahmefällen derartige Vereinigungen zu gestalten. (Sehr richtig!) Denn daß unser Schulwesen so lange Zeit hindurch einseitig konfessionell abgesondert behandelt worden ist, das hat mit absoluter Nothwendigkeit dahin führen müssen, diese Einseitigkeit aufs äußerste zu schärfen. Am meisten zeigt sich das, wo konfessionelle Verschiedenheit gleichzeitig mit einer nationalen zusammentrifft. In solchen Verhältnissen kann man das auch in dieser Frage gebrauchte Wort "schiedlich, friedlich" nicht anwenden, diese Scheidung ist vielmehr einer von den Faktoren, die in unserem Staate zu einem solchen Gegensatz geführt haben, daß sich eine große Anzahl von Bewohnern des preußischen Staates nicht mehr recht organisch eingegliedert fühlt in den Organismus des Staates, sondern durch Macht kommandiert wird, die außerhalb des preußischen Staates stehen, zu einem Gegenfase, zu dessen Überwindung der Staat in den letzten 4 Jahren all seine Kräfte hat zusammenrufen müssen. Diese Erfahrungen, m. H., stehen auf meiner Seite und nicht auf der Seite derer, die unter allen Umständen aussprechen: es darf nur eine konfessionelle Schule sein. Ich kann diese Erfahrungen nicht außer Acht lassen. Sie sind wesentlich mitleidig für mich gewesen. Ich bin somit vollständig davon durchdrungen, daß die von mir getroffenen Maßnahmen formell gesetzlich und materiell begründet sind. (Beifall links.)

Das Haus tritt in eine Befreiung der Interpellation ein.  
 Graf Udo zu Stolberg: Der Kultusminister hat behauptet, daß die gegen die Simultanschulen erhobenen Bedenken sich nicht als begründet dargethan hätten. Diese Schulen sind bisher in so geringer Zahl vorhanden und die konfessionellen Gegenseite in früheren Jahren so wenig scharf hervorgetreten, daß ich jene Erfahrungen ebenso wenig für maßgebend halte wie die der letzten drei bis vier Jahre. Vielleicht können wir in etwa dreißig Jahren ein richtiges Urteil fällen. In Holland aber hat man schwermühsame Erfahrungen mit den Simultanschulen namentlich in Betreff des konfessionellen Friedens gemacht. Diese Frage muß endgültig entschieden werden in dem demokratischen Unterrichtsgesetz und deshalb soll einerseits dieser legislative Entscheidung nicht durch Verwaltungsmäßregeln vorgegriffen werden, andererseits soll das Volk über die Stellung der Regierung zu dieser Frage möglichst aufgeklärt werden. Dies war der Zweck unserer Interpellation. Der Kultusminister hat zwar in Abrede gestellt, daß er prinzipiell Simultanschulen wolle, und behauptet, er habe nur den an ihm gestellten desfallsigen Anträgen stattgegeben. Das mag sein, aber die Leute, welche für Simultanschulen agitieren, verbreiten doch, daß sie damit den Intentionen des Kultusministers entsprächen. Man hat gesagt, man suche in dem neutralen Unterricht in der Simultanschule ein Schutzmittel gegen den Ultramontanismus. Vielleicht erreichen protestantische Lehrer dies Ideal eines konfessionslosen Unterrichts, katholische Lehrer thun das sicherlich nicht, und am Rhein, wo sich die Protestanten in der Minorität befinden, wird aus der Simultanschule bald eine katholische Schule werden. Das Streben nach Simultanschulen ist vielfach analog mit dem Streben nach der Zivilisation. Beides sind Forderungen der liberalen Partei und beide könnten nur zur Wirklichkeit werden auf dem Hintergrunde des Kulturmampfes; beide werden aber der katholischen Kirche nichts schaden, wohl aber der evangelischen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die Interpellation ist damit erledigt. In zweiter Abstimmung wird sodann der Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung des Herzogthums Cäcilieburg mit dem preußischen Monarchie definitiv genehmigt. Ebenso wird der Gesetzentwurf, betreffend die Verlegung des Etatsjahres und die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877 auf Antrag des Grafen zu Eulenburg ohne Diskussion en bloc angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der gestern bei der Diskussion der §§ 9 und 10 unterbrochenen Debatte über den Gesetzentwurf betreffend die Fähigung für den höheren Verwaltungsdienst. v. Kleist-Nesow wünscht, daß auch dieselben Kandidaten zum Landratsamt zugelassen werden können, welche, ohne ein juristisches Examen bestanden zu haben, mit der kommissarischen Verwaltung eines Landratsamtes während eines Jahres betraut gewesen sind.

Der Minister des Innern wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Vorredners, indem er es als ein billiges Verlangen der öffentlichen Meinung bezeichnet, daß für die genügende Qualifikation der Landräthe geeignete Garantien gegeben werden.

Graf zur Lippe tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein, in denen er genügende Garantien für die Qualifikation der Landräthe findet.

Oberbürgermeister Bredt betont, daß der Landrat jetzt in Folge der Selbstverwaltungsgesetze eine bedeutend gewichtigere Stel-

lung einnehme als früher, und daß es deshalb sowohl im Interesse des Kreises wie der Regierung liegen müsse, daß die Anforderungen jetzt auch gegen früher höher gestellt würden. Eine höhere wissenschaftliche Bildung könnte dem Amt des Landrats nur um so größere Ehre geben. Einen Eingriff in die Rechte der Krone involviere die Forderung eines Exams durchaus nicht; man führe sich hiermit nur den Anspruch der neuen Organisation, welche von der Regierung selbst eingeleitet worden.

Berichterstatter Dr. Dernburg verteidigt die Vorschläge der Kommission, indem er darauf hinweist, daß dieselben eine Vermittelung zwischen den verschiedenen differirenden Meinungen der Parteien bilden sollten.

Hierauf wird § 10 unverändert, § 11 in der folgenden, durch Hrn. v. Winterfeldt amendirte Fassung angenommen: Auf diesen Personen, welche von einem Kreistage zur Besetzung eines erledigten Landratsamts vorgebracht, beziehungsweise präsentiert werden, findet die Bestimmung des § 9 Nr. 3 keine Anwendung; vielmehr bleibt in Betreff der Besetzung dieser Personen das Prinzip über die Prüfung der Landratsamtskandidaten vom 13. Mai 1878 in Kraft.

Die §§ 11 und 12 werden ohne Diskussion unverändert nach dem Vorschlage der Kommission genehmigt. § 13 bestimmt, daß die Minister des Innern und der Finanzen ermächtigt sein sollen, solche Personen, welche die Fähigung zum höheren Justizdienste erlangt und mindestens 5 Jahre verwaltet haben, für befähigt für den höheren Verwaltungsdienst zu erklären.

v. Kleist-Nesow will statt fünf Jahre drei Jahre setzen.

v. Knebel-Döberis hält diese Bestimmung für äußerst bedenklich, weil denn doch ein bedeutender Unterschied sei zwischen judizieren und regieren. Wenn man in diesem Maße den Übertritt der reinen Juristen in den Verwaltungsdienst erleichtere, so komme man zu einem Zustand, wo es heiße: fiat formalia, pereat realia, oder wie man gewöhnlich sage: fiat justitia, pereat mundus. Es könne sich überhaupt nicht mit den sogenannten Ideen des modernen Rechtsstaates befrieden, sondern nur einen Ordnungsstaat anerkennen. Mit dem zahlreichen Übertritt von Juristen werde man lediglich einen Formalismus herbeiführen, der eine ungeheure Schwäche im Instanzenzug und dem ganzen Verfahren nach sich ziehen würde. Nur dann sei ein gefundener Zustand vorhanden, wenn man sagen könne: fiat justitia et vivat, crescat, floreat mundus.

v. Kleist-Nesow verzerrt dem Vorredner gegenüber den in seinem Antrage zum Ausdruck kommenden Standpunkt, indem er die Bestimmung nach der Fassung der Kommissionsbeschlüsse für den Verwaltungsdienst als sehr lästig und unvorteilhaft bezeichnet.

Nachdem der Referent Prof. Dernburg für die Kommissionsbeschlüsse eingetragen ist, wird der § 13 mit dem Amendement von Kleist-Nesow angenommen, ebenso ohne Debatte § 14. § 15 wird in Konsequenz der zu § 10 gefassten Beschlüsse auf den Antrag des Hrn. v. Winterfeldt gestrichen. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden mit den durch die früheren Beschlüsse nötigen Modifikationen anstandslos genehmigt und darauf das Gesetz im Ganzen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus um 4½ Uhr bis Montag 1 Uhr. (Geschäftsprache; Austritt aus den Synagogen-Gemeinden; Besteuerung des Hausratgewerbes; kleinere Vorlagen.)

**Parlamentarische Nachrichten.**

\* Dem Abgeordnetenhaus ist — jedenfalls zur größten Überraschung seiner Mitglieder — noch in dieser vorgezogenen Stunde ein Gesetzentwurf zugegangen, durch welchen die Staatsregierung ermächtigt werden soll, an den Kronfideikommiss die Summe von 2,845,000 Mark als Erfaß für die Veräußerungs- und Ablösungsgelder und für die Neuenländerüberschüsse, welche die Stataatskasse aus der Herrschaft Schleswig-Holstein vereinbart hat, aus dem preußischen Anteil an der französischen Kriegskostenentwidrigung zu zahlen. In den Motiven wird zunächst eine historische Darstellung der Eigentumsverhältnisse der Herrschaft Schleswig und des zwischen dem Fiskus und der Krone wegen der letzteren geführten Prozesses gegeben. Dieser Prozess ist der Krone für Gunsten der Krone entschieden, und das Obertribunal hat die Rechtigkeitsbeschwerde des Fiskus durch Erkenntnis vom 24./28. Juni 1872 verworfen. Nachdem nun in Gemäßigkeit dieser Entscheidung die Herausgabe der Herrschaft Schleswig an die Kronfideikommiss-Verwaltung erfolgt war, wurde von dem Minister des lgl. Hauses beansprucht: 1) daß die Krone für die ehemaligen Bestandtheile der Herrschaft, welche während der fiskalischen Besitzzeit veräußert oder im Wege der Ablösung von der Substanz getrennt worden waren, durch Herausgabe sämtlicher Äquivalente entschädigt werde, welche der Fiskus vom Beginn seines Besitzes ab durch die Veräußerungen und Ablösungen erhalten, und 2) daß die Neuenländerüberschüsse der Herrschaft Schleswig seit dem 1. März 1858 als dem Tage der Behandlung der Widerklage bis zum 1. Januar 1873 an die Krone herausgegeben werden. Auf Grund eines von dem Kronfideikommiss erstatteten Gutachtens ist dann zwischen dem Finanzminister ein Vergleich zu Stande gekommen, welcher in dem vorliegenden Gesetzentwurf ausgespielt ist. Nach der Sicherung der Motive würden dem Fiskus nach diesem Vergleich immer noch sehr bedeutende Vortheile verbleiben. Das Gutachten des Kronfideikommiss, heißt es dann weiter, ist mir konfliktiver Natur und hat also nicht die Kraft eines Schiedsspruches. Indessen bezweifelt die Staatsregierung, daß es gelingen würde, im Rechtswege eine für den Fiskus günstigere Entscheidung herbeizuführen. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß eine vergleichsweise Auseinandersetzung auf der Grundlage des gedachten Gutachtens, wie solche zwischen dem Finanzminister und dem Minister des lgl. Hauses vereinbart worden ist, dem fiskalischen Interesse entsprechen und zugleich der passendste Weg sein würde, um die langjährigen Streitigkeiten über die Herrschaft Schleswig endlich vollständig zum Austrage zu bringen.

**Brief- und Zeitungsberichte.**

Berlin, 17. Juni.

— Das deutsche Mittelmeer geschwader ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 18. d. M. früh in Malta eingetroffen.

— Der Reichskanzler macht unter dem 13. d. bekannt, daß der Präsident des Reichskanzler-Amts, Staatsminister Hofmann, an Stelle des aus dem Reichsdienste geschiedenen Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Dr. Delbrück, zum Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt worden ist.

— Eine große Anzahl von Landtagsmitgliedern, namentlich von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, war gestern (17. d.)

schon hier eingetroffen. Die Rechnungskommission des letztern hatte bereits am Donnerstag den Bericht über die allgemeinen Rechnungen pro 1873 festgestellt. Man ist allgemein der Ansicht, daß dieser letzte Theil der parlamentarischen Arbeiten der laufenden Campagne, die nun schon seit 27. Oktober v. J. währt, nicht über 14 Tage dauern, und daß die Session also spätestens am 1. Juli schließen wird. Jedenfalls gehört diese Session zu den längsten in unserer bisherigen parlamentarischen Geschichte. Für den 1. Juli haben übrigens bereits mehrere Minister Urlaub nachgesucht und erhalten, Grund genug für die Annahme, daß die Sessionsdauer schon längst nur bis zu diesem Termin angenommen war. Für die Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses am Montag, den 19. Juni, Mittags 12 Uhr, sind folgende Verathungsgegenstände angefest:

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Ablösung der Servituten, die Theilung der Gemeinschaften und die Zusammenlegung der Grundstücke für die Provinz Schleswig-Holstein, dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Umzugskosten der Staatsbeamten; erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Reisekosten und Diäten der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten; Bericht der Budgetkommission, betr. den Bericht der Staatschuldenkommission über die Verwaltung des Staatschuldenwesens im Jahre 1874; Bericht der Budgetkommission, betr. die Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen in dem preußischen Staate im Jahre 1874; Bericht der Rechnungskommission über die Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1874; Bericht der Budgetkommission über die Petition des Reichstagsabgeordneten Moritz Wiggers, betreffend den projectirten Rostock-Berliner Schiffahrtskanal; mündlicher Bericht der Kommission für das Gemeindewesen über die Petition des Gemeindevorstandes zu Linden bei Hannover um Versetzung der Ortschaft Linden in die I. Servitalklasse; dritter Bericht der Kommission für die Agrarverhältnisse über Petitionen; fünfter Bericht der Kommission für die Agrarverhältnisse über Petitionen.

Um den vakanten Bürgermeisterposten in Charlottenburg bewirbt sich u. A. auch der Redakteur der am 1. Juli eingehenden „Deutschen Eisenbahn-Zeitung“, Herr Joachim Gehrken, der in Charlottenburg wohnt und daselbst früher auch ein Blatt herausgab.

In Bezug auf die vom Grafen Harry v. Arnim beantragte Zurücknahme des gegen ihn erlassenen Steckbriefs ist berliner Meldungen zufolge am 16. d. vom Kammergericht ein vorläufig abgehender Bescheid ergangen, und zwar stützte sich derselbe darauf, daß die vom Grafen eingereichten Krankheitsatteste, welche einerseits die Kur in Karlsbad für unumgänglich, andererseits aber eine Strafvollstreckung für absolut tödlich erachtet, nicht von ausländischen, sondern von ausländischen Ärzten unterzeichnet sind. Graf Arnim hatte 15 Krankheitsatteste eingerichtet, darunter auch mehrere von biefigen Ärzten und eines vom Gerichts-Physikus, welche sein Leiden — Diabetes melitus — konstatirten, ohne indeß weitere Konsequenzen daran zu knüpfen. Die ausländischen Ärzte, welche sich in ersterwähnter Beziehung aussprachen, sind bekannte Autoritäten in der medizinischen Welt, nämlich Prof. Seegen in Wien und die Hospitalbeamten Dr. Buchi und Dr. Visconti in Mailand. In Bezug auf die Qualität der ärztlichen Atteste bei dergleichen gerichtlichen Eingaben bestehen übrigens keine bestimmten gesetzlichen Bestimmungen, sondern nur Verfügungen des Ministeriums für die Medizinal-rc. Angelegenheiten, wonach in erster Linie die Rücknahmefrist auf Atteste inländischer Ärzte als zweckmäßig erachtet wird. Es wird schließlich in dem Bescheide des Kammergerichts dem Grafen anheimgestellt, sich die behufs Realisierung seines Gefuchs erforderlichen Atteste von inländischen Ärzten zu verschaffen.

Im Sitzungssaale des Ministerial-Dienstgebäudes, Leipziger Platz 10, trat am Mittwoch unter dem Vorsitz des Landwirtschafts-Ministers Dr. Friedenthal die Kommission zur Förderung der Landesversicherungen zusammen. Nach der Eröffnungsansprache des Ministers konstituierte sich die Kommission in drei Separatkommissionen, die am Freitag in die Plenarberathungen einzutreten. Auf der Tagesordnung derselben stehen neben einer großen Reihe von Anträgen von Mitgliedern der Kommission die Propositionen der Regierung: 1) die Zulassung professioneller Reiter (Sodeys) in Hindernissrennen zufolge Bekanntmachung des Präsidiums des Unionklubs vom 29. Februar; 2) die Erörterung der Frage wegen Einrichtung von Hengstmärkten behufs Remontirung der Landesfeste.

Kiel, 15. Juni. Die Auflagesache wider den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Liebknecht aus Leipzig wegen Beleidigung des deutschen Heeres wurde gestern vor der hiesigen Strafkammer verhandelt. Die „Kiel. Zeit.“ berichtet darüber:

Liebknecht soll bekanntlich in einer Volksversammlung in Neustadt u. A. die s. B. vielbesprochene Neuferung gehabt haben: „Das deutsche Heer sei nur dazu da, damit man es über den Rhein sende, um dort den Leuten die Gurgel abzuschneiden oder im missverstandenen Patriotismus sich die Gurgel abschneiden zu lassen.“ Der Angeklagte bestritt diese Neuferung in Beziehung auf die Armee gebraucht zu haben und wollte den fraglichen Ausdruck nur zum Zweck der Bekämpfung des Militarismus im Allgemeinen und zwar nur darin gehabt haben, daß die Menschen zu etwas Besserem auf der Welt seien, als sich gegenseitig die Gurgel abschneiden. Nach beendetem Verhandlung verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Beleidigung in einer zweimalige Gefängnisstrafe, erfannte zugleich auf Zustellung einer Erkenntnis-Aussertigung an den beleidigten Kriegsminister mit der Befreiung, die Verurtheilung einmal im „Reichsanzeiger“ und im „Neustädter Wochenblatt“ veröffentlichten zu dürfen.

## Lokales und Provinzielles.

Posen. 18. Juni.

r. Oberbürgermeister Kohleis ist am Sonnabend nach Berlin gereist, um seinen Sitz im Herrenhause einzunehmen. Beamtlich beginnen heute die Berathungen über das Amtssprachen-Gesetz im Herrenhause.

Graf Stanislaus Plater hat gegen das wider ihn gefallte Urtheil des hiesigen Kreisgerichts die Appellation angemeldet. Seitens seiner Familie ist dem Gerichte eine bedeutende Kavitation offerirt worden, um seine Freilassung aus der Haft zu bewirken.

r. Die beiden großen Frühjahrssessionen, welche gestern Vor- und Nachmittags von der katholischen Pfarrkirche ausgingen, den Alten Markt umkreisten und Nachmittags auch nach der Dominikanerkirche sich bewegten, wurden von der schönsten Wittring begünstigt, während am Donnerstage zuvor die Prozession vom Dome aus des Regenwetters wegen nicht abgehalten werden konnte. Die Beleidigung war zwar nicht eine ganz so starke, wie in früheren Jahren, doch immerhin noch eine sehr bedeutende. Das Verhalten der Volksmenge, welche an der Prozession Theil nahm, war im Allgemeinen ein ruhiges, und nur zwei Personen, welche sich den Anordnungen der Polizeibeamten widersetzen, wurden verhaftet. Seitens des Polizeidirektoriums war der Pfarrgeistlichkeit der Vorschlag gemacht worden, die Prozession auf dem östlichen Theile des Alten Marktes, welcher durch die Befestenstraße mit der Pfarrkirche in Verbindung steht, zu befränken, indem dieser große Raum in seiner ganzen Ausdehnung zur Prozession eingeräumt werden würde; doch

ging die Geistlichkeit auf diesen Vorschlag nicht ein, weil die 4 Altäre bei den öffentlichen Prozessionen nach dem Ritus der katholischen Kirche nach den 4 Himmelsrichtungen hin gerichtet sein müßten. Uns erscheint dieser Grund ein wenig seltsam, da sich sehr gut auch auf dem östlichen Theile des Alten Marktes die Altäre derartig aufstellen lassen, daß sie nach Osten, Süden, Westen und Norden gerichtet sind. Dasselbe würde sich, wenn einmal der Alte Markt umkreist werden soll, erzielen lassen, wenn die Altäre an den vier Seiten des inneren Häuserviertels aufgestellt würden, so daß sie nach der Außenseite des Marktes hin gerichtet wären. Da aber die Geistlichkeit darauf bestand, daß die Altäre in alt herkömmlicher Weise an den Außenseiten des Marktes aufgestellt würden, so traf danach die Polizeibehörde ihre Anordnungen, um durch die Prozessionen keine Störung des Verkehrs herbeizuführen zu lassen. Der erste Altar war (statt in üblicher Weise am Stadtrath Auseben Hause, welches abgebrochen ist und vor dem sich ein Bauzaun befindet) vor dem Birner'schen Hause, der zweite vor der Kolski'schen Apotheke, der dritte vor dem Dzialynski'schen Palais, der vierte vor der Rothen Apotheke aufgestellt, so daß zwei Altäre nach Osten, einer nach Norden, einer nach Westen gerichtet war, während die Richtung nach Süden leer ausging. Es war nun seitens der Polizeibehörde als Prinzip aufgestellt, daß während der Prozession das Trottoir und der halbe Straßendamm rings um den Alten Markt für den öffentlichen Verkehr frei gehalten werden soll, und hatte sich demnach die Prozession rings um den inneren Kern des Marktes zu bewegen. Zur Aufrechterhaltung dieser Anordnung waren sämtliche Exekutive-Polizeibeamten, sowie etwa 6 Gendarmen aufgeboten. Mehrere Kommissarien und Schuhleute, sowie die Gendarmen waren zu Pferde, ebenso der Polizeipräsident Stadt und, welcher die Anordnungen leitete. Sobald die Geistlichkeit mit dem Baldachin sich einem der Altäre näherte, wurde ihr gestattet, den Platz auf dem Trottoir vor dem Altar einzunehmen; die übrige Menge mußte innerhalb der vorbezeichneten Schranken bleiben, so daß vor dem Altare zwischen Trottoir und dem Prozessionszuge der halbe Straßendamm freibleb und dadurch Fußgängern und Fuhrwerken die Möglichkeit gegeben war, ungehindert rings um den Alten Markt herumzukommen. In Wirklichkeit sind auch viele Fuhrwerke zwischen Altar und Geistlichkeit auf der einen, und der Volksmenge auf der anderen Seite hindurchgefahren. Es möchte dies den Theilnehmern an der Prozession unangenehm genug sein und hörte man auch vielfach Aeußerungen der Indignation hierüber; doch — die öffentliche Strafe ist zur Vermittelung des Verkehrs, nicht zur Abhaltung von Prozessionen da! Das die Polizeibeamten und Gendarmen einen schwierigen Stand bei Durchführung der obigen Anordnungen hatten, läßt sich wohl denken; doch wurde sie hierin, und es ist das anzuerkennen, von der Geistlichkeit unterstützt, indem diese die Volksmenge, wenn sie zu den Altären nachdringen wollte, selbst zurückwies. Am ersten Altare (vor dem Birner'schen Hause) bemächtigte sich der Volksmenge ein plötzlicher Schreck, indem Viele glaubten möchten, es werde von den Waffen Gebrauch gemacht; doch beruhigte sich bald die Menge. — Heute Nachmittags findet die Prozession von der St. Martinskirche aus statt.

Über den Kirchenkandal in Pieranie und die in Folge dessen eingeleitete gerichtliche Untersuchung gehen uns folgende nähere Mittheilungen zu:

Der von der ultramontanen Partei am 2. Pfingstfeiertage in Pieranie in Szene gesetzte Kirchenkandal war seit langer Zeit vorbereitet. Schon seit Einführung des Propstes Kolany in Murzyno hatte sich der Hesblätter und ihrer Nachbeter eine ungeheure Aufregung bemächtigt und man war allgemein darauf gefaßt, daß sich die Ruthen der Ultramontanen zunächst gegen Propst Kolany richten werde. Doch der Fanatismus verlangte diesmal ein anderes Opfer und fand dies unter den Freunden des Propstes Kolany. Über den Verlauf des Ereignisses hat die Posener Zeitung bereits ausführlich berichtet. Doch werden noch einige Einzelheiten bekannt, die ich hier nachtragen will. Als Propst Brent aus der Kirche geeilt und in der Propstei in Sicherheit war, bestieg der Ortspropst Lusat die Kanzel, um die aufgeriegelte Menge zur Ruhe zu ermahnen. Lusat's Stimme erstickte in dem allgemeinen Skandal, der jetzt von Neuem losbrach und in dem die Worte: „Wir wollen keinen Nemiec (Deutschen) weg mit dem Verräther“ zu vernehmen gewesen sein sollen. Propst Lusat schloß hierauf den Gottesdienst und forderte die Menge auf, die Kirche zu verlassen. L. selbst verließ die Kirche, um sich nach der Propstei zu begeben. Auf dem Wege dahin wurde er ebenfalls insultirt. Das Gestränge in der Kirche ist für viele Anwesende nicht ohne nachtheilige Folgen gewesen und die Lehrerfrau Jasinska aus Ostrows bei Radisch ist denselben schon erlegen. Nachdem die Geistlichkeit das Feld geräumt hatten, befängtigte sich die Ruthen des Volks bald. Ein Einwirken der Fenster in der Propstei hat nicht stattgefunden. Mit dem blinden Gehörsam, mit dem die Menge in der Kirche den Skandal inszenirte, befängtigte sich dieselbe als sie von den Herren Lipkowit von Dzianiski aus Glogow und von L. v. Lyskowsky aus Bonow aufgefordert wurde, auseinanderzugehen. Man muß gestehen, das Volk war gut dressirt.

Am Nachmittag erschien ein Gendarm in Pieranie, der gewöhnlich an Ablaßtagen dorthin zu kommen pflegt, um etwaigen Ausschreitungen bei den unvermeidlichen Trinkgelagen zu begegnen. Gezogen war er von Niemiec. Ebensoviel der Distrikts-Kommissarius Strohschein aus Luisenfelde, der etwa um 5 Uhr Nachmittag sich nach Pieranie begab, nachdem er von seinem Dienstmädchen, die in Pieranie gewesen war, von dem Skandal erfahren hatte. In Begleitung des Kommissarius und des Gendarmen begab sich nun Propst Brent nach Strohschein zurück. Auch unterwegs hätte Propst Brent in Grajecza noch eine feindliche Demonstration erfahren, wenn er eben nicht in Begleitung gewesen wäre. Propst Brent hatte hier eben nur die höhne Beleidigung zu hören, wie klug er gewesen sei, sich auf seinen Heimweg gleich den Kommissarius und den Gendarmen mitzunehmen. Soweit in Kürze über die Vorgänge in Pieranie. Die Folgen des unerhörten Vorfalls liegen nicht lange auf sich warten und waren für viele der Beteiligten recht unangenehm.

Noch an demselben Tage erstattete Distrikts-Kommissarius Strohschein dem in Radowic weilenstellvertretenden Landrat des Kreises, Grafen zu Solms, Bericht und am folgenden Tage reiste Graf Solms zur persönlichen Berichterstattung an die Regierung nach Bromberg. Noch am Abend des 2. Feiertages erhielt der Kommissarius den Auftrag einen Herren v. Marwitz zu verhaften, der im dringenden Verdachte der Urheberschaft steht. Nur auf Verwendung seines Verwandten, des Herrn v. Lyskowsky, der mit seinem ganzen Vermögen für Hrn. v. d. Marwitz garantierte, wurde dieser noch auf freiem Fuß gelassen. Herr v. d. Marwitz ist in Westpreußen ansässig und soll ein Verwandter des polnischen Bischofs sein. Wenige Tage darauf begann, wie mitgetheilt, die gerichtliche Untersuchung an Ort und Stelle. Die Kommission, welche seit dem 11. d. M. in Pieranie mit Feststellung des Thatbestandes der verübten kirchenschändischen Exesse und mit den vorläufigen Zeugenvernehmungen beschäftigt ist, besteht aus dem Untersuchungsrichter Kreisgerichtsrath Michal, einem Protokollführer, dem Staatsanwalt Bartsch, dem Landratsamtsverwalter Graf Solms und dem Polizei-Inspektor Büttner aus Posen. Dieselbe hat ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, die intellectuellen Urheber der Exesse zu ermitteln, was ihr auch vollständig gelungen ist.

Zunächst wurden vier Personen verhaftet. Unter diesen befindet sich der Haupturheber des Skandals verdächtige Gutsbesitzer Alphons von Duzynski. Dieser soll in Gemeinschaft mit v. d. M. von der Gallerie aus das Zeichen zum tumult gegeben haben. v. Duzynski befindet sich im hiesigen Gefängnis in Haft. Unter den Inhaftierten befinden sich ferner u. A. die Wirths-Haber aus Wola wasowska, Podlaszewski aus Parchanie sowie ein Wirtschaftsinspektor der verdächtigt ist, zuerst Feuer gerufen zu haben. Er wurde am Montage hier in Inowrazlaw verhaftet. Inhaftiert sind bis jetzt im Ganzen sieben Personen. Die Verhaftungen sind indeß noch nicht abgeschlossen und die gerichtliche Voruntersuchung dürfte immerhin noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß es fraglich bleibt, ob der pieraner Kirchenkandal schon im Juli vor den Schwurgerichtshof in Bromberg kommt, oder ob dies erst zum Oktober wird geschehen können. Die Strafe wird die Exzendenten innerhin schwer treffen, da sie besonders für die Vermittelten einen erheblichen Vermögensverlust, wenn nicht den vollständigen Ruin nach sich ziehen dürfte.

Ob die traurigen Folgen des pieraner Kirchenkandals für die ultramontanen Hizlköpfe unserer Gegend eine Warnung sein werden, bleibt abzuwarten. Anzunehmen ist das kaum; dies geht u. A. daraus hervor, daß etwa 100 Gemeindemitglieder des Propstes Würz in Grebie, der bei dem pieraner Tumult mit beider Haut davon gefommen ist, wie bereits mitgetheilt, eine Demonstration gegen ihn in Szene zu setzen beabsichtigten, die indeß auf Veranlassung des Thorner Landrats noch rechtzeitig inhibirt wurde. Die Wühlereien dauerten fort, und wir zweifeln nicht daran, daß bei der in unserer Gegend allgemein herrschenden Gährung sich Schaupielen, wie das von Pieranie wiederholen werden. Die gestern hierher gelangte Nachricht, daß auch gegen Propst Kolany eine feindliche Kundgebung seitens der ultramontanen Clique stattgefunden habe, hat sich als Gerücht erwiesen. Immerhin ist die Stellung des Propstes Kolany eine äußerst schwierige. Schon zu wiederholten Malen hat sich die Ruthen der aufgewiegelten Parochien von Murzyno an dem Organisten des Propstes Kolany ausgelassen, der das ungeheure Verbrechen begangen hat, eben bei L. Organist zu sein, nachdem der vorige Organist dem neuen Propst sofort den Dienst gekündigt hat.

Der mittelsächsische Turngau, zu welchem auch die Turnvereine von Bojanowo, Fraustadt, Kempen, Krötschin, Lissa, Rawitsch, Schmiedel und Wollstein gehören, unternimmt Sonntag den 2. Juli eine Turnfahrt nach Namslau. Die Einladungen dazu sind von dem Vorstande des Gaus, dem Turnrath der vier breslauer Turnvereine, und dem festgebenden Vereine erlassen worden. Wie aus dem zugleich mitgetheilten Programm ersichtlich, ist für den Morgen ein Liegewettturnen, für den Nachmittag ein Wettkampf der Turner an den Hauptgeräthen und in den sogenannten volkstümlichen Wettkämpfen in Aussicht genommen; die Gesamtheit der Turner wird Frei- und Ordnuungsübungen sowie Eisenstabübungen ausführen. Für die Festtage werden die Rechte-Oderseef-Bahn von Breslau aus benutzt, ist von der Direktion dieser Bahn eine Fahrpreisermäßigung von 50% bewilligt.

Der „Präfaziel Indu“ bringt seinen Lesern die Mitteilung, daß sein Redakteur von Trembecki wegen Beleidigung des Bürgermeisters in Jarotschin zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt ist und im Kreisgerichtsgefängnis zu Kulm seine Strafe angetreten hat.

Der Beanten-Spar- und Hilfsverein hielt am 16. d. M. im Lambert'schen Saale seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden des Vereins, Turnlehrer Klop, wurde der Magistratssekretär Schreiber zum Schriftführer gewählt und sodann durch den Rendanten des Vereins, Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Hippauf über die Verwaltung des Vereins während des Geschäftsjahrs 1875/76 Bericht erstattet. Nach dem Berichte sind die fortlaufenden Pflichtbeiträge der Mitglieder von 23,223 M. auf 29,418 M. gestiegen, die Spareinlage von Nichtmitgliedern von 34,221 M. auf 36,062 M. ein Beweis dafür, daß sich der Verein auch das Vertrauen der Nichtmitglieder zu erhalten wußte. An Darlehen sind ausgegeben worden 68,694 M. für welche für drei Quartale an Zinsen 4,540 M. vereinbart worden sind, zu denen noch die Zinsen pro IV. Quartal mit 1800 Mark hinzukommen, die zusammen nach Abrechnung der Verwaltungskosten in Höhe von 2549 M. und des Zuschlages zum Reservefonds, der jetzt 2523 M. beträgt und auf 10 v. St. der Pflichtbeiträge zu erhöhen ist, sowie der Zinsen, für die Spareinlagen, die Fonds zur Vertheilung der Dividende für das Geschäftsjahr 1875/76 ergeben. Der Depositen besitzt der Verein 4026 M. und einen Baarbestand von 1375 M. Die Zahl der Mitglieder ist im Laufe dieses Geschäftsjahrs von 498 auf 544 gestiegen und die Zahl der Conti überhaupt von 558 auf 606.

Hierauf folgte der Bericht der Revisionskommission über die Rechnungen des Geschäftsjahrs 1874/75 und wurde von der Versammlung Decharge ertheilt. — Der vorgelegte Etat für das Jahr 1876/77 wurde genehmigt und für ein dem Vereinshotel zu Weihnachten bedingungsweise gezahlte Gratifikation von 90 M. die nachträgliche Bewilligung ausgesprochen. Der Revisionskommission für die Prüfung der Rechnungen pro 1874/75 wurde eine Remunerierung von 90 M. bewilligt. Die ausscheidenden 3 Mitglieder des Vorstandes, Turnlehrer Klop, Intendantursekretär Walter und Appellationsgerichtssekretär Zimmerling, wurden wieder gewählt. Zu Stellvertretern wurden der gewählte Eisenbahnssekretär Eitner, Postsekretär Dandert und Regierungs-Assistent Klaeb. — Die Rechnungs-Revisions-Kommission für die Rechnungen des Geschäftsjahrs 1875/76 besteht aus dem Regierungssekretär Kühn, Intendantursekretär Symonowski und Hauptsteueramts-Assistent Przykalla. Zum Schlusß wurden noch uneinziehbare Forderungen in Höhe von 278,85 M. abgezogen. Nach Verlelung des Protokolls wurde die Versammlung geschlossen.

— d. Koschmin, 16. Juni. [Pferde- und Rindvieh-Brauerei] Gestern fand hier die vom landwirtschaftlichen Verein des Kreises Krötschin veranstaltete Ausstellung und Prämierung von Pferden und Rindvieh ländlicher Besitzer, unter Leitung des stellvertretenden Vorstehenden Boenzen, Herrn Schur-Maciejewo, statt. Vom landwirtschaftlichen Centralverein war Herr Seer-Nischwitz delegirt. Im Ganzen konnten 946 M., welche der Staat zur Verfüzung gestellt hatte, als Prämien vertheilt werden und zwar 500 M. für Pferde, und 446 für Rindvieh, von welch letzterer Summe noch 110 M. aus dem vorigen Jahre herührten, weil bei der damaligen Ausstellung die Beteiligung eine geringe war, daß die ganze Summe nicht erschöpft werden konnte. — In dieser Beziehung ist diesmal ein ganz erfreulicher Fortschritt zu konstatiren, da die Beteiligung an der Ausstellung eine außerordentlich zahlreiche war, insbesondere auch seitens des polnischen bürgerlichen Elements. Es waren im Ganzen an 300 Pferde und Fohlen, durchweg schöne, wertvolle Thiere, vorgeführt, von denen 56 Pferde und Fohlen zur Prämierung geeignet gefunden wurden. Aus dieser Zahl mußte dann noch eine engere Auswahl stattfinden, da nur 33 Stück prämiert werden konnten. Es wurden Prämien vertheilt: für 4 Fohlen a 25 M., 1 Stute mit 40 M., 3 Stuten a 25 M. Außerdem wurden ausgeztheilt: 6 Freideckscheine a 15 M., 8 Freideckscheine a 12 M. und 11 Freideckscheine a 9 M. An Rindvieh waren 123 Stück aufgetrieben, ebenfalls fast durchweg schöne Thiere, von denen 11 Stück mit der oben angegebenen dissoniblen Summe von 446 M. prämiert wurden.

Bromberg, 16. Juni. [Landwirtschaftliche Schule] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gelangte ein Antrag des Magistrats zur Verhandlung um Bewilligung von Geldmitteln aus der Masse der dritten städtischen Anleihe, und zwar: 1) zum Bau eines Schulgebäudes 180,000 M., welches zu einer mit der Bürgerlichkeit in Verbindung zu stehenden landwirtschaftlichen Schule dienen soll, falls der Herr Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten für eine solche Anstalt 15,000 bis 18,000 Mark jährlich bewilligt und Se. Majestät der Kaiser die Erlaubnis ertheilt, das Gebäude auf dem Platz der projektierten Generalschule zu errichten; andernfalls soll das Gebäude der höheren Töchterschule überwiesen werden; 2) 61,000 M. zum Bau einer 12klassigen Elementarschule auf dem Grundstücke des Waisenhauses; 3) 6000 M. zum

Ankauf eines Grundstückes zur Erweiterung des Schulgrundstückes auf Neuhof. — Der Vorsitzende verliest zunächst ein längeres, diesen Antrag motivierendes Exposé, welches einen ausführlichen Aufschluß über die Verwendung der dritten städtischen Anleihe gibt und sich für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule, welche mit der Bürgerschule in Verbindung gesetzt werden soll, ausspricht, im Falle der Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten für diese Anstalt jährlich eine Subvention von 15—18,000 Mark bewilligt. — Die Finanz-Kommission empfiehlt der Versammlung, dem Magistrat die Vorlage mit dem Erfuchen zurückzugeben, dieselbe durch Druck zu vervielfältigen und demnächst den Mitgliedern zur besseren Information zugehen zu lassen. Nach einer längeren Debatte, in der sich einige Redner gegen das Projekt der landwirtschaftlichen Schule erklärten und besonders ausführte, daß die landwirtschaftliche Schule in Bromberg nicht dieselben günstigen Bedingungen haben würde wie die zu Marienburg, da die Bevölkerung der Umgegend keine rein landwirtschaftliche sei, wird zur Abstimmung gefasst, wobei Herr Braun das Amendum stellt, daß der Antrag des Magistrats nicht durch Druck vervielfältigt werde. Die Versammlung beschließt wie folgt: Die Beschlußfassung über die Anträge des Magistrats über projektierte Schulbauten wird ausgesetzt und die Vorlage des Magistrats demselben mit dem Erfuchen zurück gegeben, zunächst einen Ueberschlag über die Kosten einer zwölfklassigen Elementarschule im Garten des Hotel de Rome oder auf dem Platz der Aegidienkirche anzufertigen zu lassen und demnächst die Sache der Versammlung wieder vorzulegen. Der folgende Antrag des Magistrats, betreffend den Ausbau des Stadtzazareths, wird der Finanzkommission zur Berichtserstattung überwiesen.

(Brd. 3.)

**Bromberg.** 17. Juni. [Zur Kanalisation der Brache.] Die hiesige Regierung veröffentlicht folgenden Erlaß des Königs: „Auf Ihren Bericht vom 29. April d. J. will Ich das eingereichte Projekt zur Kanalisation der unteren Brache und Anlage eines Sees unterm 22. Januar 1874 aufgestellt und unterm 3. September und 19. Oktober 1874 superrevidirt worden ist, zur Ausführung nach dem zwischen der Regierung zu Bromberg und der Bromberger Hafen-Aktiengesellschaft unterm 16./24. März c. abgeschlossenen Vertrag hiermit genehmigen, auch die Ausübung des Enteignungsrechts zu diesem Zwecke durch die Staatsbehörde, beziehungsweise durch die gedachte Aktiengesellschaft, welcher Ich dieses Recht verleihe, hierdurch gestatten.“ Wiesbaden, den 3. Mai 1876. (gez.) Wilhelm.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

**Gnes.** 18. Juni. Der Kaiser von Russland ist heute Nachmittag um 3 Uhr mit dem Reichskanzler, Fürsten Gortschakoff, und Gefolge nach einem gemeinsamen Diner bei dem deutschen Kaiser nach Jügenheim abgereist. Die beiden Monarchen verabschiedeten sich auf dem Bahnhofe auf das Herzlichste.

**Friedrichshafen.** 17. Juni. Auf dem Bodensee herrschte gestern großer Sturm, der Regen dauert fort, das Wasser des Sees steigt noch höher und steht bereits 3,08 Meter über dem Nullpunkt des Pegels. Langenargen ist stark überflutet, einzelne Bewohner der gefährdeten Häuser mußten mittels Röhnen gerettet werden. Die Bahnlinie Lindau-Bregenz ist gleichfalls überflutet und der Verkehr eingestellt.

**Straßburg i. E.** 17. Juni. Die Sitzungen des Landesausschusses sind heute vom Oberpräsidenten geschlossen worden. Der Vorsitzende der Versammlung empfahl in seiner Schlafrede die durch die Überschwemmungen des Rheins Heimgeflüchteten dem besonderen Wohlwollen der Regierung, der Oberpräsident sagte die bereitwilligste Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

**Dresden.** 17. Juni. In dem 14. sächsischen Reichstagswahlkreise (Borna) ist dem „Dresdner Journal“ zufolge der Kreishauptmann v. Körneris in Leipzig fast einstimmig wieder zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. Zeitungsnachrichten über bevorstehende Veränderungen in unserem Ministerium gegenüber kann versichert werden, daß bezüglich des Nachfolgers unseres Finanzministers, v. Friesen, dessen Rücktritt im September erfolgen dürfte, zur Zeit etwas noch nicht bestimmt ist. Das in den letzten Tagen hierfür stark verbreitete Gerücht, Herr v. Friesen werde durch unseren gegenwärtigen Minister des Innern, Herrn v. Nostitz-Wallwitz, ersezt werden, kann heute positiv als unbegründet bezeichnet werden. Herr v. Nostitz-Wallwitz wird sein Portefeuille nicht mit den der Finanzen vertauschen.

**Baden-Baden.** 17. Juni. Der Großfürst und die Großfürstin Michael sind heute früh von Paris hier eingetroffen.

**Haag.** 18. Juni. In Folge der Abstimmung der zweiten Kammer über das Militärgebot haben, wie gerüchteweise verlautet, sämtliche Minister dem Könige ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt.

**Antwerpen.** 17. Juni. Die Führer der hiesigen liberalen Partei haben eine öffentliche Erklärung erlassen, worin sie unter ausdrücklicher Mitbilligung alles gewaltsmäßigen Vorgehens an der Änderung des bestehenden fehlerhaften und gefahrvollen Wahlsystems auf das Entscheidene festhalten und namentlich verlangen, daß die Unterdrückung der Städte durch die Landbevölkerung, durch welche die intelligenten Klassen auf das Empfindlichste berührt werden, aufhören müsse. Über der Legalität stehe die öffentliche Meinung und der konstitutionellen Wahrheit entspreche es nicht, daß sich die Regierungsgewalt in den Händen eines klerikalen Kabinetts befindet. Nur durch den Rücktritt des letzteren könnten die vorhandenen Unruhigkeiten beseitigt werden.

**Paris.** 17. Juni. Wie die „Agence Havas“ versichert, ist keine Ministerkrise in Folge der Wahl Buffet's zum ständigen Mitgliede des Senats zu befürchten. Die Organe der republikanischen Partei sehen die Wahl als eine Kriegserklärung gegen das Kabinett an, während diejenigen der konservativen Partei derselben einen provokatorischen Charakter absprechen. — Das „Journal des Débats“ bezeichnet die Gerüchte von einem bevorstehenden oder schon erfolgten Rücktritt des Ministeriums für unbegründet und fügt hinzu, daß die heutige Konferenz der Minister mit dem Marschall-Präsidenten zu einem befriedigenden Ergebnis geführt habe. — Durch eine heute vom Marschall Mac Mahon unterzeichnete Verfügung werden 4 Präfekten ihrer Posten entthoben.

**London.** 17. Juni. Die Verhandlungen in dem Prozeß gegen den Kapitän Reyn von der „Franconia“ über die Frage der Kompetenz der englischen Gerichte vor dem Court for crown cases reserved sind heute bis nächsten Dienstag vertagt worden. Der Generalanwalt sucht darzuthun, daß das Gebiet in einer Entfernung von 3 Meilen rings um die englische Küste als britisches Gebiet anzuerkennen sei. Bei anderen Ländern sei seitens Englands ein gleiches Recht stets anerkannt worden.

**Rom.** 17. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer zog der Ministerpräsident Depretis den von dem früheren Mi-

nisterium eingebrachten Gesetzentwurf betreffend den Rückkauf und den Betrieb der oberitalienischen Eisenbahnen zurück und legte einen neuen Gesetzentwurf betreffend die Genehmigung der baseler Konvention, des wiener Vertrages und der zwischen der Regierung und der Alta Italia vereinbarten Zusatze betreffend den Betrieb dieser Linien nach dem Rückkaufe durch die Regierung vor. Der Minister behielt sich vor, hinsichtlich der römischen und der süditalienischen Bahnen weitere Vorlagen einzubringen. Die Kammer verwies den von dem Ministerpräsidenten vorgelegten Entwurf zur Beraterathung an eine Kommission.

**Madrid.** 17. Juni. Die von dem Comite der englischen Gläubiger der spanischen Staatschuld bezüglich der Kuponzahlung gemachten Vorschläge sind von der spanischen Regierung genehmigt worden, weil dieselben eine Vermehrung der Steuern nicht erheben.

**Madrid.** 16. Juni. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung den Art. 11 der Verfassung betreffend die Toleranz in Religionssachen mit 113 gegen 40 Stimmen genehmigt. — Es wird jetzt offiziell bestätigt, daß sich Don Karlos in Mexiko befindet.

**Baltimore.** 17. Juni. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Braunschweig“ ist hier eingetroffen.

**Bukarest.** 17. Juni. Bei den Deputirtenwahlen im ersten Wahlkollegium hat die Regierungspartei ein sehr erhebliches Übergewicht erhalten, die von der konservativen Partei aufgestellten Kandidaten sind fast sämmtlich unterlegen. Minister Vernescu wurde hier gewählt, Minister Logalniceanu ist bereits zweimal gewählt.

**Washington.** 17. Juni. Präsident Grant hat eine Botschaft an den Kongress gelangen lassen, worin darauf hingewiesen wird, daß die von der Regierung geforderten Kredite noch nicht bewilligt seien und daß die Regierung in großer Verlegenheit gerathen werde, wenn die Bewilligung nicht noch vor dem 1. f. M. geschlossen werden sollte. Präsident Grant hat ferner dem Kongresse eine Resolution zugestellt, durch welche die Besteitung der Staatsausgaben bis zur Annahme des Gesetzentwurfes über den von der Regierung geforderten Kredit seitens des Kongresses genehmigt wird. — Das von der republikanischen Konvention in Cincinnati gewählte Comite hat den Deputirten Columbus abgesandt, um Hayes offiziell von seiner Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten in Kenntniß zu setzen. Hayes hat die Kandidatur angenommen. — Schatzsekretär Bristow hat um Erhebung von seinem Posten gebeten. Wie es heißt, erfolgt sein Rücktritt aus rein persönlichen Gründen.

## CIRCUS Renz, Kanonenplatz, Posen.

Veranlaßt durch die äußerst lebhafte Beteiligung Seitens des geehrten und des auswärtigen Publikums, sowie durch die Anmeldung von mehreren Extrazügen für die nächsten Tage, werde ich meinen Aufenthalt bis

**Donnerstag, den 22. Juni 1876**

verlängern, an welchem Tage unwiderruflich die lebte Vorstellung stattfindet.

Auf vielseitigen Wunsch wird die Aussattungs-Pantomime die Königin von Abyssinien zur Aufführung gelangen.

### Montag den 19. Juni 1876: Die Königin von Abyssinien.

Aussattungs-Pantomime in sechs Tableaux.  
Die Aufführung geschieht durch achtzig Personen.

1. Tableau: Einzug der Königin.
2. " Mohrentanz, getanzt von 16 Mohrenkindern.
3. " Balmentanz, getanzt von 30 Sklavinnen.
4. " Die Jagd, in welcher Käbylen lebende Lamas, Elefanten, Giraffen, Antilopen u. Kängurus zu verfolgen.
5. " Die afrikanischen Jägerinnen.
6. " Afrikanischer Festzug. — Die Königin in einem Prachtwagen, von lebenden Giraffen gezogen.

Die Rani im Gefolge der Königin, im goldenen Wagen von Elefanten gezogen. — Die Familie der Königin, bestehend aus 5 Personen, auf einem Kamel, geführt von Ras Negusé, dem Anführer der Garden. — Ras Sabala Salassi, einen Elephanten reitend.

## Eine Schulquadrille geritten von 8 Herren. Herr Drexler als Jockey auf ungesatteltem Pferde.

Camillas und Oktova, Fuchshengste, vorgeführt von Hrn. F. Renz

**Das Schulpferd Loporello**

und das Springpferd Irma, geritten von Hrn. Hager-Renz.

Zum 2. Male:

## 12 Rapphengste,

vorgeführt von Herrn F. Renz,

Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß diese Piece außer mir von Niemandem gezeigt wird.

Dienstag zum letzten Male: **Sneewittchen.**

**E. Renz, Direktor.**

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Konds - Course.

**Frankfurt a. M.** 17. Juni. Günstig. Internationale Spekulationswerthe erheblich höher, Bahnen und Loose besser.

[Schlufkurse.] Londoner Wechsel 24, 82. Pariser Wechsel 81, 12. Wiener Wechsel 168, 45. Böhmisches Weißbahn 152%. Elisabethbahn 124%. Galizier 169. Franzosen\*) 226. Lombarden\*) 73%. Nordwestbahn 111%. Silbercoupi 59%. Papierrente 56. Russ. Bodencredit 85%. Russen 1872 93%. Amerikaner 1885 102%. 1860er Loose 101%. 1864er Loose 262, 60. Kreditaktien\*) 124. Destr. National

\*) per medio resp. per ultimo.

bahn 713, 00. Darmst. Bank 106%. Berliner Bankverein 85%. Frankfurter Wechslerbank 78. Ost. Bank 91%. Meiningen Bank 78. Hess. Ludwigsbahn 99%. Oberboden 72%. Ung. Staatsloose 145, 49. Ung. Schatzanv. alt 83%, do. do. neue 82%. do. Ostb.-Obl. II. 59%. Centr. Pacific 91%. Reichsbank 154%.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 120%, Franzosen 223%, Lombarden 59%. 1860er Loose 100%, Galizier 165%. Wien 6-8 fl., Devisen matter. [Schlufkurse.] Papierrente 66, 95. Silberrente 70, 25. 1854er Loose 106, 75. Nationalbank 848, 00. Nordbahn 1842. Kreditaktien 150, 00. Franzosen 211, 50. Galizier 199, 25. Raib.-Oderb. 93, 00. Bardubitzer —. Nordwestb. 131, 50. Nordwestb. Lit B —. London 121, 10. Hamburg 58, 85. Paris 47, 80. Frankfurt 58, 85. Amsterdam 99, 70. Böhm. Weißbahn —. Kreditloose 161, 50. 1860er Loose 109, 70. Lomb. Eisenb. 89, 25. 1864er Loose 130, 00. Unionbank 62, 25. Anglo-Austr. 74, 80. Napoleon 9, 62. Dufaten 5, 78. Silbercoupi 103, 00. Elisabethbahn 146, 00. Ungar. Präm. 73, 00. D. Reichsbank 59, 32%.

Türkische Loose 18, 75. Nachbörse: Kreditaktien 147, 75. Franzosen 271, 00. Lombarden 88, 00. Galizier 199, 00. Angl.-Austr. 74, 50. Papierrente 66, 60. Napoleon 9, 62. Elisabethbahn 144, 50.

**Paris.** 17. Juni. Anfangs matt. Schluf fest. [Schlufkurse.] Ziroz. Rente 68, 15. Anleihe de 1872 105, 90. Italiensche 5 p.Ct. Rente 73, 75, do. Tabakaktien —. do. Tabakobligationen —. Franzosen 571, 25. Lombard. Eisenbahn-Akt. 188, 75, do. Prioritäten 244, 00. Türk. de 1865 13, 35, do. de 1869 77, 00. Türkloose 45, 00.

Crédit mobilier 143. Spanier extér. 14%, do. intér 12%. Suezkanal-Aktien 702. Banque ottomane 368. Société générale 523. Egypte 208. Crédit foncier 752. Wechsel auf London 25, 28.

**Paris.** 18. Juni. Boulevard-Berlehr. Anleihe de 1872 106, 15. fest. Türk. de 1865 13, 55. Spanier extér. 14, 32. Egypte 212, 50.

**London.** 17. Juni. Nachm. 4 Uhr. Consols 94%. Italien. 5proz. Rente 73. Lombarden 7%, 3proz. Lombarden-Prioritäten alle 9%. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9%. 5proz. Russen de 1871 —. 2proz. Russen de 1872 89%. Silber 51%. Türk. Anleihe de 1865 13%. 3proz. Türk. de 1869 13%. Ziroz. Vereinigt. St. pr. 1885 105%. do. 5proz. fund. 106%. Desterreich. Papierrente 55. 6proz. ung. Schatzbonds 82%. 6proz. ungarische Schatzbonds II. Emiss. 82. 5proz. Peruaner 17%. Spanier 14%.

Platzdoint 1%. In die Bank floßen heute 22,000 Pf. Sterling.

**New-York.** 17. Juni. Abends 6 Uhr. [Schlufkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 13%, niedrigste 12%. Wechsel auf London in Gold 4 D. 87 C. Goldagio 12%. 1/20 Bonds per 1885 116. do. 5proz. fundierte 117%. 1/20 Bonds per 1887 123%. Erie-Bahn 13%. Central Pacific 108%. New-York Centralbahn 107%.

Der Dampfer „Mosel“ vom norddeutschen Lloyd ist heute hier eingetroffen.

#### Produkten - Course.

**Danzig.** 17. Juni. Getreide-Börse: Wetter: schön und warm. Wind: Nordost.

Weizen loko ist auch am heutigen Marte in flauer Stimmung gewesen und nur ganz vereinzelt Kauflust hat 250 Tonnen aus dem Marte genommen, für guten Weizen sind die bewilligten Preise eher zu Gunsten der Käufer gewiesen, abfallende Ware aber mußte billiger erlassen werden. Bezahl ist für roth nicht ein 128 pf. 200 M., ordinar mit Auswuchs 117,8 pf. 173 M., hell mit Auswuchs 122,3 pf. 199 M., hellbunt 127, 13 pf. 214, 216 M., hochbunt glasig 129 pf. 218 M. pr. Tonne. Termine schwach behauptet, Juni 2,0 M. G., Juni-Juli 210 M. Br., Juli-August 210 M. bez., September-Oktober 212 M. bez., Okt.-Nov. 211 M. bez., — Regulierungspreis 209 M. Roggen loko unverändert, 20 Tonnen 124 Pf. wurden zu 173 M. per Tonne verlaufen. Termine September-Oktober 165 M. B. Regulierungspreis 167 M. — Rüböl Termine August-September 285 M. Br., Sept.-Okt. 290 M. Br. — Spiritus nicht zugeführt.

**König.** 17. Juni. Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen loko 23, 00, fremder loko 23, 50, per Juli 20, 65, Nov. 21, 55. Roggen, biefiger loko 18, 00, per Juli 15, 65, per Nov. 16, 25. Hafer, loko 19, 50, per Juli 17, 25. Rüböl, loko 35, 00, per Oktober 34, 00.

**Hamburg.** 17. Juni. Nachm. Getreidemarkt. Weizen loko flau, auf Termine ruhig. Roggen loko flau, auf Termine ruhig. Weizen pr. Juni 208 Br., 207 Gd., pr. September-Oktober pr. 1000 Kilo 213 Br., 212 Gd. — Roggen pr. pr. Juni 166 Br., 164 Gd., pr. Sept.-Okt. pr. 1000 Kilo 163 Br., 162 Gd. Hafer und Gerste fest. Rüböl 68, 13 fest, loko 66, per Juni —, pr. Oktober pr. 200 Pf. 64%. Spiritus 37, pr. August-Sept. 38, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 Pf. 39. Kaffee sehr frisch, Umjag 5000 Sac. Petrol 12, 20 Br., pr. Juni 12, 15 Gd

## Produkten-Börse.

Berlin. 17. Juni. Wind: W. Barometer: 28.1. Thermometer: + 13° R. Witterung: bewölkt.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 200—243 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat —, Juni-Juli 210 bʒ, Juli-August 211,50—209,50 bʒ, August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 213,50—212 bʒ, Oktbr.-Nov. 214,50 bis 214 bʒ, Roggen loko per 1000 Kilogr. 160—190 nach Dual. gef., russ. 160—170 ab Bahn und Kahn bʒ, per diesen Monat 164—163 bʒ, Juni-Juli 161—161,50 159,90 bʒ, Juli-August 160—160,50—159 bʒ, Aug.-Sept. —, Sept.-Okt. 162—162,50—161 bʒ — Gerste loko per 1000 Kilogr. 156—189 nach Dual. gef., Hafer loko per 1000 Kilogr. 155—198 nach Dual. gef., östl. und westpr. 180—185, russ. 175—186, schwed. 187—193, pomm. und medl. 188—193 ab Bahn bʒ, per diesen Monat —, Juni-Juli 175 bʒ, Juli-August 167,50 bʒ, Sept.-Oktbr. 157,50—157 bʒ — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 193—225 nach Dual, Futterware 180—192 nach Dual. — Leinöl loko per 100 Kilogr. ohne Fass — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fass 65,5 bʒ, mit Fass per diesen Monat 65,3 bʒ, Juni-Juli 64,5 bʒ, Juli —, Sept.-Okt. 64—63,6 bʒ, Okt.-Nov. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass loko 29 bʒ, per diesen Monat —, Sept.-Oktbr. 26,8—26,5 bʒ — Spiritus per 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Fass 52,2 bʒ, ab Speicher —, per diesen Monat —, loko mit Fass per diesen Monat 52,2—52,1—51,9 bʒ, Juni-Juli do, Juli-August 52,3—51,9 bʒ, August-Sept. 52,8—52,4 bʒ, Sept.-Oktbr. 52,2—51,8 bʒ, Okt.-Nov. bʒ — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 30,50—29,50, Nr. 0 u. 1 28—27 Mf. — Roggenmehl Nr. 0 26,50—25, Nr. 0 u. 1 24,75—22,75 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sac, per diesen Monat —

Berlin. 17. Juni. Der gestrige Baisse ist trotz des flauen Schlusses schon heute eine bedeutende und umfassende Erholung gefolgt. Den Anstoß dazu gaben vorzugsweise die Wiener Notirungen, welche sich sprunghaft über den gestrigen Stand erhoben. Ein that-sächlicher Grund für diesen Umschwung lässt sich kaum angeben. Allerdings begegneten die gestern gemeldeten Vorgänge in Konstantinopel heute einer wesentlich günstigen Auffassung; man glaubte sogar mehrfach, daß demnächst ein Abschluß der orientalischen Wirren zu erwarten sei. Doch ein stichhaltiger Grund für den heutigen Aufschwung ist auch in dieser Meinung über die politische Lage nicht enthalten, so daß nur die von uns wiederholte ausgeführte Annahme eines spekulativen Manövers als Erklärung der festen Haltung übrig bleibt. An sich bietet die Lage bei der großen Zurückhaltung des Kapitals

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 17. Juni 1876.

### Pommische Fonds und Geld-Course.

Konsol. Anleihe	4½	104,70 bʒ
Staats-Anleihe	4	99,50 G
Staats-Schildch.	3½	94,50 bʒ
Kur. u. Nrn. Sch.	3½	92,00 bʒ
Do. Deichh. Obl.	4½	100,90 bʒ
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,60 fʒ G
do. do.	3½	93,50 bʒ
Höhn. Stadt-Anl.	4½	102,00 bʒ
Rheinprovinz do.	4½	
Schles. d. B. Kfm.	5	101,10 bʒ
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	102,40 bʒ
do.	5	106,70 B
Landisch. Central	4	95,90 bʒ
Kur. u. Neumärk.	3½	85,90 bʒ G
do. neue	3½	85,50 bʒ G
N. Brandbg. Gred.	4	85,90 B
Ostpreußische	3½	85,90 B
do.	4	95,90 bʒ
do.	4½	102,40 G
Pommersche	3½	84,80 bʒ
do.	4	95,60 bʒ G
do.	4½	103,00 bʒ G
Pommerische, neue	4	94,80 G
Sächsische	4	96,00 G
Ecklesiastische	3½	86,00 B
do. alte A. u. C.	4	
do. A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	84,75 bʒ
do.	4	96,00 G
do.	4½	101,80 bʒ
do. II. Serie	5	107,00 G
do. neue	4	
do.	4½	102,25 bʒ
Rentenbriefe:		
Kur. u. Neumärk.	4	97,50 bʒ G
Pommersche	4	97,80 bʒ
Posenische	4	96,70 B
Prußische	4	97,10 bʒ
Rhein u. Westfäl.	4	98,20 bʒ G
Sächsische	4	98,00 bʒ
Schlesische	4	97,30 bʒ
Souverägens		
Napoleondor		
do. 500 Gr.	16,18 bʒ G	
Dollars	4,18 G	
Imperials	16,66 bʒ	
do. 500 Gr.	99,80 bʒ	
Fremd. Banknot.		
do. einschl. Leipz.	81,05 bʒ G	
Franzö. Banknot.	168,25 bʒ	
Desterr. Banknot.	174,00 bʒ	
do. Silbergulden	173,50 bʒ	
do. Stücke	266,75 bʒ	
Russ. Noten		

Ausländische Fonds.		
Amerik. rctz.	1881	6 104,90 bʒ
do. do.	1885	6 100,40 bʒ
do. Bds. (fund.)	5	102,10 bʒ
Norweg. Aut.	1½	
New-Yrk. Sid.-A	7	103,00 bʒ B
do. Goldani	6	101,70 bʒ
New Jersey	7	94,00 bʒ B
Dept. Pap.-Rente	1½	56,00 bʒ
do. Silb.-Rente	4½	58,75 bʒ
do. Cr. 100 fl. 1858	5	310,50 bʒ
do. do. v. 1864	5	252,10 bʒ
do. do. 1860	5	101,80 bʒ
do. do. 1864	5	252,10 bʒ
do. do. 1865	5	101,80 bʒ
do. do. 1866	5	101,50 bʒ
do. do. 1867	5	101,50 bʒ
do. do. 1868	5	101,50 bʒ
do. do. 1869	5	101,50 bʒ
do. do. 1870	5	96,50 bʒ
do. do. 1871	5	91,20 bʒ
do. do. 1872	5	91,60 B
do. do. 1873	5	91,20 bʒ
do. Bod. Credit	5	85,80 bʒ B
do. Pr. v. 1864	5	176,30 bʒ
do. do. v. 1866	5	170,80 bʒ
do. do. 1867	5	102,50 bʒ
do. do. 1868	5	92,90 bʒ G
do. do. 1869	5	83,75 bʒ
do. do. 1870	5	81,25 bʒ G
do. do. 1871	5	72,50 bʒ G
do. do. Tabak-Obl.	6	101,50 bʒ
do. do. do. Actien	6	
Rumänter	8	
Finnische Poote	4	39,50 G
Russ. Centr. Bod.	5	86,50 B
do. Engl. A. 1822	5	
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. Engl. Aut.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	96,50 bʒ
Russ. conf. A. 1871	5	91,20 bʒ
do. do. 1872	5	91,60 B
do. do. 1873	5	91,20 bʒ
do. Bod. Credit	5	85,80 bʒ B
do. Pr. v. 1864	5	176,30 bʒ
do. do. v. 1866	5	170,80 bʒ
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	92,90 bʒ G
do. Pol. Sch.-D.	4	83,75 bʒ G
do. do. kleine	6	83,75 G
do. do. II. 5	81,25 bʒ G	
do. do. 1864	5	81,25 bʒ G
do. do. 1865	5	72,50 bʒ G
do. do. 1866	5	72,50 bʒ G
do. do. 1867	5	72,50 bʒ G
do. do. 1868	5	72,50 bʒ G
do. do. 1869	5	72,50 bʒ G
do. do. 1870	5	72,50 bʒ G
do. do. 1871	5	72,50 bʒ G
do. do. 1872	5	72,50 bʒ G
do. do. 1873	5	72,50 bʒ G
do. do. 1874	5	72,50 bʒ G
do. do. 1875	5	72,50 bʒ G
do. do. 1876	5	72,50 bʒ G
do. do. 1877	5	72,50 bʒ G
do. do. 1878	5	72,50 bʒ G
do. do. 1879	5	72,50 bʒ G
do. do. 1880	5	72,50 bʒ G
do. do. 1881	5	72,50 bʒ G
do. do. 1882	5	72,50 bʒ G
do. do. 1883	5	72,50 bʒ G
do. do. 1884	5	72,50 bʒ G
do. do. 1885	5	72,50 bʒ G
do. do. 1886	5	72,50 bʒ G
do. do. 1887	5	72,50 bʒ G
do. do. 1888	5	72,50 bʒ G
do. do. 1889	5	72,50 bʒ G
do. do. 1890	5	72,50 bʒ G
do. do. 1891	5	72,50 bʒ G
do. do. 1892	5	72,50 bʒ G
do. do. 1893	5	72,50 bʒ G
do. do. 1894	5	72,50 bʒ G
do. do. 1895	5	72,50 bʒ G
do. do. 1896	5	72,50 bʒ G
do. do. 1897	5	72,50 bʒ G
do. do. 1898	5	72,50 bʒ G
do. do. 1899	5	72,50 bʒ G
do. do. 1900	5	72,50 bʒ G
do. do. 1901	5	72,50 bʒ G
do. do. 1902	5	72,50 bʒ G
do. do. 1903	5	72,50 bʒ G
do. do. 1904	5	72,50 bʒ G
do. do. 1905	5	72,50 bʒ G
do. do. 1906	5	72,50 bʒ G
do. do. 1907	5	72,50 bʒ G
do. do. 1908	5	72,50 bʒ G
do. do. 1909	5	72,50 bʒ G
do. do. 1910	5	72,50 bʒ G
do. do. 1911	5	72,50 bʒ G
do. do. 1912	5	72,50 bʒ G
do. do. 1913	5	72,50 bʒ G
do. do. 1914	5	72,50 bʒ G
do. do. 1915	5	72,50 bʒ G
do. do. 1916	5	72,50 bʒ G
do. do. 1917	5	72,50 bʒ G
do. do. 1918	5	72,50 bʒ G
do. do. 1919	5	72,50 bʒ G
do. do. 1920	5	72,50 bʒ G
do. do. 1921	5	72,50 bʒ G
do. do. 1922	5	72,50 bʒ G
do. do. 1923	5	72,50 bʒ G
do. do. 1924	5	72,50 bʒ G
do. do. 1925	5	72,50 bʒ G
do. do. 1926	5	72,50 bʒ G
do. do. 1927	5	72,50 bʒ G
do. do. 1928	5	72,50 bʒ G
do. do. 1929	5	72,50 bʒ G
do. do. 1930	5	72,50 bʒ G
do. do. 1931	5	72,50 bʒ G